

Ressort: Politik

Euro-Staaten und EU-Parlament einigen sich auf Bankenaufsicht

Brüssel, 19.03.2013, 17:18 Uhr

GDN - Die Staaten der Europäischen Union und das Europaparlament haben sich auf gesetzliche Grundlagen für eine gemeinsame Bankenaufsicht geeinigt. Demnach soll die Europäische Zentralbank (EZB) ab 2014 die 150 größten Banken in der Euro-Zone überwachen, teilte die irische EU-Ratspräsidentschaft am Dienstag mit.

Nachdem nationale Bankenaufsichten trotz enger Koordination in der Eurozone nicht hart genug durchgegriffen hätten, sollen die Großbanken nun unter Aufsicht der EZB stehen. Der Großteil der 6.000 europäischen Geldinstitute wird dabei weiterhin von den nationalen Behörden kontrolliert. Die EU-Bankenaufsicht war eine Bedingung Deutschlands für eine gemeinsame Bankenrettung in der Euro-Zone. Die einheitliche Kontrolle ist ein zentraler Baustein einer europäischen Bankenunion, sie soll die Finanzbranche sicherer und stabiler machen.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-10194/euro-staaten-und-eu-parlament-einigen-sich-auf-bankenaufsicht.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619